

1. Einleitung

Im Juni 1992 fand die bisher größte Konferenz der *Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung* ¹ in Rio de Janeiro statt, an der insgesamt 178 Staats- und Regierungschefs und mehr als 10.000 Delegierte aus allen Staaten der Welt teilnahmen.

Dabei wurden mehrere Dokumente zu den verschiedenen Problemschwerpunkten verabschiedet. ²

Die Dokumente des Erdgipfels:

- Agenda 21 ³
- Rio- Erklärung/ Deklaration
- Waldgrundsatzerklärung
- Klimarahmenkonvention
- Konvention über biologische Vielfalt

Mit der Agenda 21 als Konferenzergebnis haben die Mitgliedsstaaten der UN nun den Auftrag bekommen, den Begriff der *sustainable development* ⁴ in alle Politikbereiche einzuführen. Dies gilt für alle Staaten der Erde, sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die Industrienationen, wie z.B. die Bundesrepublik Deutschland ⁵.

Ich werde im Rahmen der Arbeit hier nun ausschließlich auf die Agenda 21 und die daraus hervorgegangene Lokale Agenda 21 eingehen.

¹ englisch: UNCED (United Nations Conference on Environment and Development), bekannt auch unter den Namen 'Earth Summit '92', 'Erdgipfel' und 'Rio-Konferenz'.

² Vgl. Leukam, Michael (1997), Seite 29 ff.

³ Hauptdokument der Rio-Konferenz.

⁴ Dieser Begriff wurde bereits von der ersten UN- Umweltkonferenz, die 1972 in Stockholm stattfand, der sogenannten *Brundtland-Kommission* (benannt nach ihrer Leiterin Gro Harlem Brundtland, ehemals norwegische Ministerpräsidentin), definiert.

⁵ Für die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete der damalige Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Agenda 21.

2. Was ist die Agenda 21?

Hier stellt sich nun die Frage was bedeutet eigentlich *Agenda 21*:

Agenda ist ein lateinischer Begriff und heißt sinngemäß „etwas, das zu tun ist“. In unserem heutigen Sprachgebrauch bedeutet *Agenda* Terminplan, Tagesordnung, Arbeits- oder Aktionsprogramm. *21* steht für das 21. Jahrhundert. Somit heißt *Agenda 21* also: Was auf dem Weg ins 21. Jahrhundert zu tun ist.

Das ist nach Ansicht der Staats- und Regierungschefs, die das Dokument auf dem Gipfeltreffen in Rio de Janeiro verabschiedet haben, nicht wenig.⁶

Das Hauptdokument des Erdgipfels, ein etwa 300 Seiten umfassendes Aktions- und Handlungsprogramm, welches übrigens rechtlich nicht verpflichtend ist, zeigt in 40 Kapiteln Maßnahmen einer nachhaltigen Entwicklung in sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen auf.⁷

Das Neue an der Agenda 21 ist im wesentlichen ihr integrativer Ansatz, wie Abbildung 1 verdeutlichen soll. Man darf die Rio-Konferenz nicht als reine Umweltkonferenz verstehen, denn uns liegt die Erkenntnis zugrunde, „dass weltweite Armut, Umweltzerstörung und die westlich geprägten Formen von Konsum und Produktion keine getrennten Phänomene sind, sondern sich wechselseitig beeinflussen und verstärken.“⁸

Soziale und natürliche Systeme müssen auch in der Zukunft aufrechterhalten werden. Dies kann nur durch wechselseitige Abhängigkeit der verschiedenen Systeme erfolgen:

⁶ Vgl. Hess. Ministerium f. Umwelt, Energie, Jugend, Familie, u. Gesundheit: Unterwegs..Für eine lebenswerte Zukunft.

⁷ Siehe Bundesumweltministerium: Konferenz d. Vereinten Nationen f. Umwelt u. Entwicklung in Rio de Janeiro, Dokumente: Agenda 21.

⁸ Aus: Kappus, Andrea (1998), Seite 6.

Das Gemeinwesen, zu welchem gesunde Lebensbedingungen, Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Völkern und den Generationen, usw. gehören, ist nur zukunftsbeständig unter der Voraussetzung eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems -damit sind beispielsweise die Stützung auf erneuerbare Ressourcen, Stützung auf menschliche Arbeit, usw. gemeint-.

Für ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem ist wiederum eine ökologische Zukunftsbeständigkeit, das umfasst z.B. die Erhaltung der menschlichen Gesundheit, die Artenvielfalt, die Sicherung von Luft-, Wasser- und Bodenqualitäten, etc., Voraussetzung.⁹

Es ist also eine Abkehr von der isolierten und daher oft konkurrierenden Betrachtung von ökologischer Nachhaltigkeit, weltweiter sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung erforderlich.¹⁰

⁹ Siehe ICLEI: Lokale Agenda 21- Deutschland: Kommunale Strategien f. eine zukunftsbeständige Entwicklung.

¹⁰ Siehe ICLEI: Lokale Agenda 21- Deutschland: Kommunale Strategien f. eine zukunftsbeständige Entwicklung, Seite 4.

2. 1. Inhalte der Agenda 21

Die Agenda 21 ist in vier Teile gegliedert und beschreibt in diesen, wie schon erwähnt, Leitlinien und Empfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert:

Teil I: Soziale und wirtschaftliche Dimensionen (Kapitel 2 - 8)

Teil II: Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen
für die Entwicklung (Kapitel 9 - 22)

Teil III: Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen (Kapitel 23 - 32)

Teil IV: Möglichkeiten der Umsetzung (Kapitel 33 - 40)

Im ersten Teil des Dokumentes geht es hauptsächlich um die Bekämpfung von Problemen in den Entwicklungsländern wie z.B. die Armutsbekämpfung, die Bevölkerungsentwicklung, den Schutz menschlicher Gesundheit. Es geht aber auch um die Veränderung der Konsumgewohnheiten in den Industrieländern. Der zweite Teil beschäftigt sich mit Problemen wie dem Schutz der Atmosphäre, der Landwirtschaft, der Ressourcenbewirtschaftung, dem Schutz der Meere etc. Der dritte Teil benennt relevante Akteure -Frauen, Kinder und Jugendliche, indigene Gruppen, NRO ¹¹, Kommunen, Arbeitnehmer, Privatwirtschaft, Wissenschaft und Technik, Bauern- in diesem Prozeß sowie deren Handlungsmöglichkeiten. Im vierten Teil werden Umsetzungsmöglichkeiten beschrieben, wobei es hier vorrangig um rechtliche, institutionelle und finanzielle Rahmenbedingungen geht. ¹²

Grundlage der Agenda 21 ist das Konzept des *sustainable development*, im Deutschen mit nachhaltiger, dauerhafter, zukunftsfähiger oder dauerhaft-umweltgerechter Entwicklung übersetzt.

¹¹ Abkürzung für Nichtregierungsorganisationen (engl.: NGO).

¹² Vgl. Bundesumweltministerium: Konferenz d. Vereinten Nationen f. Umwelt u. Entwicklung in Rio de Janeiro, Dokumente: Agenda 21.

3. Kapitel 28 oder Lokale Agenda 21

Die Agenda 21 ist als weltweites Aktionsprogramm beschlossen worden und wendet sich zunächst an die Regierungen. In Rio de Janeiro waren sich die Delegierten jedoch darüber im Klaren, dass die Maßnahmen in Richtung einer dauerhaft- umweltgerechten Entwicklung in realitätsnahen, überschaubaren Strukturen unternommen werden müssen.¹³ „Die Erfahrung lehrt, dass solche Ansätze weitgehend wirkungslos bleiben, wenn sich nicht alle Ebenen der Verwaltung daran beteiligen (..)“¹⁴

Aus diesem Grund hat man mit dem Kapitel 28¹⁵ des Dokumentes einen Auftrag an kommunale Ebene formuliert.

Zum ersten Mal in der Geschichte hat man die Kommunen als „(..) wichtige Akteure bei der Gestaltung der weltweiten Entwicklung anerkannt und benannt (..)“¹⁶

¹³ Vgl. Hess. Ministerium f. Umwelt, Energie, Jugend, Familie, u. Gesundheit: Auf neuen Wegen ins 21. Jh.

¹⁴ Aus: Hess. Ministerium f. Umwelt, Energie, Jugend, Familie, u. Gesundheit: Unterwegs...für eine liebenswerte Zukunft, Seite 17.

¹⁵ Das UNCED- Sekretariat beauftragte im Zuge der Konferenzvorbereitungen den Internationalen Rat f. Kommunale Umweltinitiativen (engl.: ICLEI; wurde 1990 unter der Schirmherrschaft des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen und des Internationalen Gemeindeverbandes (IULA) in New York gegründet) einen möglichen Beitrag der Kommunen an einer zukunftsbeständigen Entwicklung zu formulieren. Dieser Entwurf prägte das Kapitel 28 der Agenda 21.

¹⁶ Bundesumweltministerium, Bundesumweltamt: Handbuch Lokale Agenda 21, Seite 20.

3. 1. Die Rolle der Kommunen im Agenda-Prozeß

Im Kapitel 28.1 der Agenda 21 heißt es:

„Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Zielen. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.“¹⁷

Städte und Gemeinden sind also die Orte, an denen das tägliche Leben stattfindet, wo Umweltprobleme und deren potentielle Lösungen konkret werden.

Aus diesem Grund werden mit dem Kapitel 28 alle Kommunen der Erde aufgefordert, ihre eigene, jeweils den besonderen Bedingungen vor Ort angepaßte Agenda 21 aufzustellen: Eine Lokale Agenda 21.¹⁸

Die Kommunen wurden mit dem Dokument der Agenda 21 aufgefordert, bis 1996 mit ihren Bürgern einen Konsultationsprozeß zu beginnen, mit dem Ziel eine Lokale Agenda 21 zu erstellen.

„...bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozeß unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer Lokalen Agenda 21 für die Gemeinschaft erzielt haben.“¹⁷

Außerdem sollen die Kommunen mit ihren internationalen Partnern als auch den Entwicklungsländern eine gegenseitige internationale Unterstützung organisieren.

¹⁷ Bundesumweltministerium: Konferenz d. Vereinten Nationen f. Umwelt u. Entwicklung in Rio de Janeiro, Dokumente: Agenda 21. Seite 231ff.

¹⁸ Vgl. Bundesumweltministerium, Bundesumweltamt: Handbuch Lokale Agenda 21 und Leukam, Michael (1997).

3. 2. Lokale Agenda 21 weltweit

„In allen Erdteilen haben Kommunen den Appell von Rio aufgegriffen und begonnen, lokale Agenden zu erstellen. Nie zuvor in der Geschichte hat eine Idee dazu geführt, dass an so vielen Orten gleichzeitig Menschen versuchen, ein gemeinsames Ziel zu erreichen.“¹⁹

ICLEI hat gemeinsam mit dem Department for Policy Coordination and Sustainable Development der Vereinten Nationen im Zuge der Vorbereitung der

UN- Sondersitzung „5 Jahre nach Rio“ im Juni 1997 eine weltweite Übersicht Diese Übersicht, die Ende 1996 fertiggestellt wurde, zeigt auf, dass bis zu diesem Zeitpunkt 1800 Kommunen, bzw. Metropolen in 64 Ländern sich eine Lokale Agenda 21 erarbeitet hatten.

Aus der Studie ging weiterhin hervor, dass in Ländern, in denen der Agenda-Prozeß auf Nationalebene koordiniert wird, die Kommunen schneller und vor allem in größerer Zahl aktiv werden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte variieren stark. So war festzustellen, dass Industrieländer/ reiche Länder sich vorrangig um Umweltbelange kümmern. Entwicklungsländer/ arme Länder dagegen Fragen wie Demokratie vor Ort, BürgerInnen als Mitwirkende an Entscheidungen, Entwicklungsstrategien und Armutsbekämpfung, hervorheben.²⁰

Die Studie machte allerdings auch deutlich, dass die Planvorgabe von Rio, bis 1996 einen Großteil der kommunalen Agenda- Prozesse begonnen zu haben, nicht erreicht wurde. Allerdings ist hier darauf hinzuweisen, dass die ermittelten Daten der Studie längst nicht mehr auf dem aktuellen Stand sind. So waren beispielsweise im August 1997 allein in der BRD 80 Kommunen -davon eine aus Rheinland-Pfalz- am Prozeß beteiligt.²¹

¹⁹ Aus: Bundesumweltministerium, Bundesumweltamt: Handbuch Lokale Agenda 21, Seite 21.

²⁰ Vgl. Bundesumweltministerium, Bundesumweltamt: Handbuch Lokale Agenda 21.

²¹ Vgl. CAF/ Agenda-Transfer: Informationsmappe.

Eine jüngste Umfrage der Landeszentrale für Umweltaufklärung in Rheinland-Pfalz, durchgeführt im Sommer 1998, besagt, dass inzwischen schon 40 Kommunen in Rheinland-Pfalz aktiv geworden sind.

Monat für Monat beginnen neue Kommunen weltweit mit der Aufstellung einer Lokalen Agenda 21.

3. Lokale Agenda 21 (LA 21) in Europa

Die ersten europäischen Länder, die auf die Botschaft von Rio reagierten, waren England und die skandinavischen Länder. Hier ist vor allem auf Großbritannien hinzuweisen, die als erste den Begriff der *Lokalen Agenda 21* in Europa aufgriff.

Der Einstieg in den Agenda- Prozeß begann für viele europäische Kommunen erst mit der Unterzeichnung der *Charta von Aalborg* ²². Mit der Unterzeichnung -zunächst waren es 80 europäische Kommunen und 253 weitere Teilnehmer, Anfang 1998 bereits 350 Kommunen- verpflichteten sie sich, in Lokale Agenda- Prozesse einzutreten und langfristige Handlungsprogramme mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit aufzustellen. ²³

Seit 1996 wird jährlich ein europäischer Preis an besonders engagierte Kommunen vergeben. Zum ersten Mal befand sich eine deutsche Stadt: Heidelberg 1997 unter den fünf Preisträgern.

²² Im Mai 1994 trafen sich in der dänischen Stadt Aalborg 600 Vertreter von Kommunen, internationalen Organisationen, Regierungen, Verbänden, Wissenschaft, Instituten, Berater und Einzelpersonen aus 30 europäischen Ländern und vier nichteuropäischen Staaten zur ersten *Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden*. Diese Konferenz wurde von der Stadt Aalborg und der Europäischen Kommission veranstaltet und von ICLEI inhaltlich ausgerichtet. Es war gemeinsames Ziel die Aalborg-Konferenz nicht zum punktuellen Ereignis, sondern zum Auftakt eines Prozesses werden zu lassen.

²³ Siehe ICLEI: Lokale Agenda 21- Deutschland: Kommunale Strategien f. eine zukunftsbeständige Entwicklung.

4. Der Lokale Agenda- Prozeß in Deutschland

Das DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) führte in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag 1997 eine Erhebung zur Lokalen Agenda 21 durch:

Von 277 befragten Städten antworteten 157 auf die Umfrage. Von diesen 157 betrachteten 113 eine Lokale Agenda 21 als ihre Aufgabe, 57 Städte hatten bereits einen politischen Beschluß zur Umsetzung vorliegen.

„Das Europasekretariat von ICLEI geht nach eigenen Schätzungen im Frühjahr 1998 für Deutschland von insgesamt mindestens 400-500 Kommunen²⁴ aus, in denen explizit Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21 in Gang sind.“²⁵

Genaue Zahlen liegen momentan jedoch nicht vor.

4. 1. Komponenten eines LA 21- Prozesses

Die zahlreichen Agenda- Prozesse in den deutschen Kommunen sind sehr unterschiedlich. Die Kommunen wählen oft unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten und Schwerpunkte.

ICLEI hat einen Entwurf formuliert, der Kommunen, die erst in den Prozeß einsteigen wollen, als Vorlage dienen kann:

Das Handlungs-, bzw. Aktionsprogramm einer Kommune zu einer zukunftsbeständigen Gemeinde sollte verschiedene Elemente enthalten:

Zunächst sollte ein örtliches *Leitbild* für die Kommune formuliert werden. Dieses Leitbild soll die verschiedenen Maßnahmen der Kommunalpolitik auf ein gemeinsames Ziel konzentrieren. Komponenten müssen sowohl ökologische, soziale als auch ökonomische Interessen sein. Ein konkretes Leitbild sollte unter größtmöglicher Information und Beteiligung der Bürger im Konsens gefunden werden.

Der nächste Schritt kann eine *Bestandsaufnahme* dessen sein, was schon vorhanden ist. Viele Inhalte der Agenda 21 werden bereits seit Jahren in der

²⁴ Der Begriff Kommunen umfasst nicht nur Städte, sondern auch Gemeinden und Landkreise.

²⁵ Aus: Bundesumweltministerium, Bundesumweltamt: Handbuch Lokale Agenda 21, Seite 23.

deutschen Politik berücksichtigt und in vielen Kommunen umgesetzt, wie z.B. die Dorferneuerung, Energieeinsparung, etc.

Weiter müssen *Maßnahmen*, mit denen die Ziele verwirklicht werden sollen, formuliert werden. Hinzu kommt die *Benennung der* für die einzelnen Maßnahmen zuständigen *Akteure*.

Weiterhin ist zu prüfen, ob (*Geld-*) *Mittel* zur Umsetzung der Vorhaben vorhanden sind.

Das Aktionsprogramm sollte sich zudem an einem *Zeitplan* orientieren, damit das ganze Vorhaben nicht mehr als gute Vorsätze hervorbringt.²⁶

4. 2 Der Dialog als wichtiges Kriterium im LA- Prozeß

Der Weg zu einer zukunftsbeständigen Gemeinde, wie es die Lokale Agenda 21 fordert, ist der des Dialoges zwischen Kommunalverwaltung, BürgerInnen und örtlichen Interessengruppen.

Die Konsultation mit den BürgerInnen garantiert zum einen die Unterstützung, sei es aktiv oder auch nur in Form von Akzeptanz, der Gemeinde. Zum anderen wird auf diesem Wege ein Konsens gefunden bei der Zielverfolgung im Agenda- Prozeß.

Um einen oben beschriebenen Dialog für eine nachhaltige Entwicklung der Kommune zu ermöglichen, gibt es mehrere Möglichkeiten, von denen ich hier nur die vorstellen möchte, die deutsche Kommunen hauptsächlich im Konsultationsprozeß anwenden:

²⁶ Vgl. ICLEI: Lokale Agenda 21- Deutschland: Kommunale Strategien f. eine zukunftsbeständige Entwicklung.

- Bürgerforen - (Allgemein zugängliche, in regelmäßigen Abständen stattfindende öffentliche Veranstaltung.)
- Repräsentative
- Foren - (Bestehend aus örtlichen Interessenvertretern; eignen sich vor allem zur Diskussion des Leitbildes.)
- Arbeitsgruppen/
Fachforen - (In der Regel kleinere Gruppen, in denen zu bestimmten Themenbereichen konkrete Handlungsvorschläge erarbeitet werden.)²⁷

4. 3. Umsetzung der Lokalen Agenda 21 am Beispiel Kaiserslautern

Die Stadt Kaiserslautern beschloß im Juli 1996 in einer öffentlichen Sitzung die Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene. Dieser Beschluß geht zurück auf die Empfehlungen des Deutschen Städtetages, die Agenda 21 umzusetzen. Die Stadt Kaiserslautern hatte bis dahin bereits mit dem KLUB, der Kaiserslauterer Umweltberatung, eine Anlaufstelle für Fragen der BürgerInnen in Sachen Umwelt. Als einer der ersten Schritte wurden dem KLUB die Koordinierungsaufgaben im LA 21- Prozeß übertragen, es wurde somit eine Kontaktadresse zum Agendaprozeß, ein sogenanntes Agendabüro, eingerichtet.²⁸ Der KLUB, der Teil des Amtes für Umwelt und Forsten der Stadtverwaltung ist, nimmt Anregungen und Bedenken entgegen und verteilt vierteljährlich einen Info- Rundbrief zur LA an alle Haushalte.

²⁷ Vgl. ICLEI: Lokale Agenda 21- Deutschland: Kommunale Strategien f. eine zukunftsbeständige Entwicklung.

²⁸ Hierfür wurde speziell eine ABM- Stelle geschaffen, ansonsten hat man Arbeit umgelagert.

Zeitgleich wurden Umweltleitlinien (Leitziele) für die Stadt Kaiserslautern entworfen. Die Zusammenstellung dieser Leitlinien, die sich auf verschiedene Handlungsfelder, wie Wirtschaft, Verkehr, Natur- und Landschaftsschutz, usw., beziehen, zeigen, welche Ziele bestehen, welche Maßnahmen zur Erreichung der Ziele erforderlich sind und mit welchen Projekten bereits an den Zielen gearbeitet wird.²⁹

Um nun Handlungsvorschläge, bzw. einen Maßnahmenkatalog erarbeiten zu können, wurden Facharbeitskreise zu folgenden Themen gebildet:

- Arbeitskreis (AK) Vermarktung regionaler Produkte
- AK Mobilität und Verkehr
- AK Energieversorgung
- AK Schaffung von Arbeitsplätzen mit Umwelttechnologien
- AK 21 Haushalte
- AK Landesgartenschau
- AK Wasser
- AK Naturschutz
- AK Jugend und Bildung.³⁰

Parallel zum Agenda-Prozeß läuft in Kaiserslautern unter Leitung des Amtes für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen auch eine Leitbilddiskussion für die zukunftsbeständige Stadtentwicklung. Auch hier wurden Arbeitskreise zur Erarbeitung von Lösungsansätzen gebildet:

- AK Wohnen und Städtebau
- AK Bürgerfreundlichkeit
- AK Nachhaltige regionale Wirtschaftspolitik

²⁹ Vgl. Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz: Umweltjournal Rheinland-Pfalz, Nr. 16-17/ 1997 und LZU Rheinland-Pfalz: Umfrage zur Lokalen Agenda 21 in Rheinland-Pfalz.

³⁰ Aus: LZU Rheinland-Pfalz: Umfrage zur Lokalen Agenda 21 in Rheinland-Pfalz.

AK Gesundheit und Soziales

AK Freizeit

AK Fremdenverkehr und Sport

AK Kultur

AK Handel. ³¹

„Beide -Agenda wie auch Stadtmarketing- sind eng miteinander verknüpft und orientiert an dem Oberziel, für die Stadt Kaiserslautern eine Zukunftsperspektive zu bieten.“ ³²

Am Prozeß sind bislang BürgerInnen, Vertreter der Wirtschaft, die Stadt-Leitbildkonzeption, Verbände, Vertreter der Kirche und die Verwaltung partizipiert. Insgesamt sind es etwa 400 Personen, die aktiv am Prozeß teilnehmen. ³³

5. Literatur

BUND/ Misereor (Hrsg.):

Zukunftsfähiges Deutschland: ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel, Boston, Berlin. Birkenhäuser, 1996.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.):

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992
in

Rio de Janeiro, Dokumente: Agenda 21. Bonn, ohne Datum.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.):

Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogrammes. Bonn, 1998.

³¹ Vgl. Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz: Umweltjournal Rheinland-Pfalz, Nr. 16-17/ 1997.

³² Aus: LZU Rheinland-Pfalz: Umfrage zur Lokalen Agenda 21 in Rheinland-Pfalz, keine Seitenangaben.

³³ Vgl. LZU Rheinland-Pfalz: Umfrage zur Lokalen Agenda 21 in Rheinland-Pfalz.

Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt (Hrsg.):

Handbuch Lokale Agenda 21. Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen. Juni 1998.

CAF/ Agenda- Transfair:

Informationsmappe: Auszüge aus der Agenda 21, Dokumentation zur Lokalen Agenda 21, Charta von Aalborg, (Extra-) Ausgaben der „Stadtgespräche“ (regelmäßig erscheinendes überregionales Informationsblatt), Literaturempfehlungen, etc.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.):

Hessen 2010 -Agenda 21- Global denken, lokal handeln: Auf neuen Wegen ins 21. Jahrhundert. Wiesbaden, 1998.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.):

Hessen 2010 -Agenda 21- Global denken, lokal handeln: Unterwegs..für eine lebenswerte Zukunft. Mainz, 1998.

Internationaler Rat für Kommunale Umweltinitiativen. S. Kuhn/ G. Suchy/ M. Zimmermann (Hrsg.):

Lokale Agenda 21 -Deutschland: Kommunale Strategien für eine zukunftsbeständige Entwicklung. Heidelberg. Springer, 1998.

Kappus, Andrea (1998):

Diplomarbeit zur Erlangung des Grades einer Diplomverwaltungswirtin (FH Ludwigsburg -Hochschule für öffentliche Verwaltung):

Problematik, Impulse und praktische Ansätze zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart.

Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (Hrsg.):
Informationsblatt - Umfrage zur Lokalen Agenda 21 in Rheinland-Pfalz. Stand
September 1998.

Langner, Tilman:

Umweltbildung und Lokale Agenda 21. Umweltbüro Nord. Pöglitz, 1997.

Leukam, Michael (1997):

Diplomarbeit im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück:
Nachhaltige Kommunale Entwicklung im Zeichen der Lokalen Agenda 21 -
Unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Osnabrück.

Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz (Hrsg.):

Umweltjournal Rheinland-Pfalz, Nr. 16-17/ 1997.

TAURUS (Trierer Arbeitsgemeinschaft für Umwelt-, Regional- und
Strukturforschung e.V., Institution der Universität Trier):

Projekte und Initiativen Nachhaltiger Regionalentwicklung in Rheinland-Pfalz.
TAURUS- Materialien Nr. 4. Recherche im Auftrag der LZU Rheinland-Pfalz,
Stand: Februar 1997.